



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Über deutsch-polnische Handelsbeziehungen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

heiten in unserem Staat so weitgehende Sonderrechte genießen, daß er den Namen eines Nationalstaates nicht verdienen würde. Ein solcher Friede bedroht uns mit Mangel, Not und innerer politischer Verwirrung. Selbst wenn er angenommen wird, bleibt er undurchführbar, kann nicht von Dauer sein. Wir müssen uns durch Arbeit wieder kräftigen und den großdeutschen Gedanken festhalten, bis er zur Verwirklichung gelangen kann. Aber selbst die Möglichkeit des inneren Wiederaufbaus durch Arbeit, den das Deutsche Reich so großzügig in Angriff nimmt, droht uns die durch die Friedensbedingungen geschaffene Verwirrung zu nehmen. Darum muß die Bemühung unserer Regierungen auf eine „Revision“ des Friedens gerichtet sein. Der Beitritt zum „Völkerbund“ vergrößert — das müssen wir uns eingestehen — die Hoffnung auf eine baldige Erreichung dieses Zieles einigermaßen, aber nicht so wesentlich, daß wir uns mit ihm trösten können, selbst wenn er uns zugestanden wird. So bleibt fast nur die Hoffnung auf eine unerwartete Wendung der meltpolitischen Verhältnisse, auf die Nemesis, die der Hybris zu folgen pflegt. Für ihre Zeit müssen wir unser Volkstum rüsten, indem wir es sittlicher und seelischer Gesundung zuführen, von der es heute weit entfernt ist.

Abgeschlossen am 26. August 1919.



Über deutsch-polnische Handelsbeziehungen



achdem der Friede von Versailles abgeschlossen, und die Blockade aufgehoben ist, wird nun auch in Deutschland ernstlich daran gedacht, zur Friedenswirtschaft überzugehen. In allen mittelbar oder unmittelbar am Kriege beteiligten Ländern herrscht Warenhunger. Deutsche Industrie und deutscher Handel, die vor dem Kriege einen bedeutenden Teil des Weltmarktes beherrschten, sollen nach teilweiser Einstellung und nach Anpassung an die Kriegsverhältnisse ihre Tätigkeit wieder aufnehmen und ihr zerrüttetes und zerstückeltes Erbe wieder antreten. Mit den internationalen Handelsbeziehungen kommt neues Leben in die durch Kriegsoffer, Inlandshandel und erdrosselnde Friedensbedingungen verarmten deutschen Lande.

Politische Unsicherheit im In- und Auslande, sowie die endlosen Streiks drängen die nach Kunden und Lieferanten ausschauende deutsche Handelswelt von den wirtschaftlichen Beziehungen gewaltsam zurück. Von einer Aufnahme regulärer internationaler Handelsbeziehungen kann daher nur im bescheidenen Umfange die Rede sein.

Rußland kommt, solange dort keine geordneten Zustände herrschen, für wirtschaftliche Beziehungen nicht in Betracht. Auch kann heute an die Deckung der riesigen Bedürfnisse Rußlands und der Ukraine an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten (für die Ukraine Mindestbedarf im Jahre 1915 festgestellt auf eine Million Pflüge, 250 000 Erntemaschinen, 80 000 Drill- und Sämaschinen) aus Mangel an Rohprodukten bei uns nicht gedacht werden. Für die Erze, die wir heute aus Schweden beziehen, liefern wir dorthin Maschinen und zwar verhält sich die Lieferung der Erze zu der der Maschinen wie 15 zu 10. Dieser Überschuß an Erzen muß zur Inbetriebsetzung und Aufbesserung unserer Industrie verwendet werden. Die deutsche Erzgewinnung ist mit der Vorkriegszeit Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reiche stark zusammengeschrumpft. Wann Deutschland spanische Erze erhält, ist noch nicht vorauszusehen. Günstiger ist die Lage einiger anderer Industriezweige.

Vor allem kommen für Deutschland wirtschaftliche Beziehungen mit den Nachbarstaaten in Betracht, schon aus Gründen der leichteren Transportmöglichkeiten.

Frankreich sperrt sich gegen die deutsche Einfuhr von Fertigfabrikaten ab, Tschechien besitzt eine gut entwickelte, wenn auch nicht sehr mannigfache Industrie, und die übrigen Staaten des alten Osterreichs haben Kinderkrankheiten durchzumachen, ringen mit dem Bolschewismus und haben all ihre Aufmerksamkeit und Kräfte auf die innere Politik gerichtet. Es bleibt außer den skandinavischen Ländern, der Schweiz und Holland der östliche Nachbar, der neue Polenstaat, der, man kann ruhig sagen, bloß und blank dasteht und an allen Fertigfabrikaten, vor allem an Maschinen, Maschinenteilen, Chemikalien, medizinischen Instrumenten, Papier, Bureau- und Gummiartikeln, Düngemitteln usw. den größten Mangel leidet.

Die zurzeit in Berlin weilende polnische Kommission will außer über Grenz- und rechtliche Fragen auch über wirtschaftliche Fragen verhandeln. Noch ehe diese Kommission nach Berlin kam und an die Bildung von Unterkommissionen, darunter auch eine wirtschaftliche, herantrat, wurden in deutschen Kaufmannskreisen Stimmen laut, daß hinter dieser polnischen Kommission zweifelsohne ein polnischer wirtschaftlicher Block stehe, der auf die Kommission, wenn sie nicht schon von der polnischen Regierung den Auftrag hat, wirtschaftliche Verträge mit Deutschland abzuschließen, einen scharfen Druck ausüben wird. Polen braucht Waren nötiger denn je. Der polnische Kredit bei der Entente ist äußerst gering. Der „Przeglad Wiczojny“ vom 5. August berichtet, daß alle Bemühungen Polens, eine Anleihe im Auslande unterzubringen, bisher ohne Erfolg waren, außer gewissen Bestimmungen für die polnische Armee und die Realisierung einer gewissen Anleihe in natura. Ungünstig muß bei Handelsabschlüssen mit der Entente der Tiefstand der polnischen Valuta einwirken, der weiter unten besondere Erwägung finden soll. Es bleibt daher Polen nichts übrig, als sich an Deutschland zu halten. Diese Ansicht findet in Polen immer mehr Anhänger, und die rechtsstehende polnische Regierung, die bisher eine Ententepolitik betrieben hatte, wird wohl auch bald zu dieser Erkenntnis kommen müssen. Auch scheint das Ansteigen des Agios auf die deutsche Mark in Polen ein Zeichen dafür zu sein, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Anlehnung Polens an Deutschland allgemein wird, und daß aus diesem Grunde schon im polnischen Staate eine starke Nachfrage nach der deutschen Mark vorhanden ist. Für einhundert deutsche Mark werden zurzeit einhundertdreißig polnische gezahlt. Es liegt auch im Interesse Deutschlands in Polen großen wirtschaftlichen Einfluß zu erlangen, denn um so größer wird auch der politische sein.

Die früher an leitenden Stellen in Deutschland oft vertretene Ansicht, Polen dürfe nicht unterstützt werden, weil ein starkes Polen für Deutschland gefährlich ist, muß, wenn es nicht schon geschehen ist, der klügeren wirtschaftlichen Erkenntnis und Forderung Platz machen. Andernfalls müßte Polen auch wirtschaftliche Beziehungen mit der Entente eingehen auf die Gefahr hin, ungünstige Verträge abzuschließen, um wenigstens das allernotwendigste zu erlangen, was ein junger Staat und ein Volk haben muß, das Anspruch erhebt, dem westlichen Kulturkreis anzugehören und sich in demselben behaupten will.

Die Kohlenfrage ist in Polen ebenso auf der Tagesordnung wie bei uns. Die Kohlennot ist allgemein. Daher das Verlangen nach den oberschlesischen und tschechisch-schlesischen Kohlenbergwerken. Der Grund für den Kohlenmangel in Polen bilden die ungenügende Ausnutzung der Kohlengruben von Dombrowa und Krakau, sowie die ganz schlechten Verkehrsverhältnisse. Der Mangel an rollendem Material ist in Polen empfindlicher als bei uns. Der größte Teil desselben ist im schlechten Zustande und fast unbrauchbar. Schon im Frühjahr erklärte ein polnischer Abgeordneter im Warschauer Reichstag, daß 50 Prozent des Eisenbahnmaterials, sowohl der Güter- als auch Personenwagen, unbrauchbar ist. Eisenbahnwerkstätten sind in Polen nicht vorhanden. Hier bietet sich der deutschen Industrie ein weites Arbeitsfeld. An Maschinen, Maschinenteilen, Eisenträgern, Eisenbahnschienen, Schrauben und Nägeln besitzt Polen so gut wie gar nichts.

Man zählt, wie uns eine aus Warschau zugereiste fachkundige Person erzählte, für Eisenröhren in Polen geradzu unerhörte Preise. In Deutschland gibt es noch zahlreiche ältere Eisenwarenlager, die ebenso wie Blechwaren für eine Ausfuhr nach Polen in Betracht kommen. Die durch den Übergang zur Friedenswirtschaft bei uns außer Betrieb gesetzten zahlreichen Drehbänke und anderen Maschinen können zum Teil auch nach Polen abgestoßen werden. Nach Kali und Phosphaten herrscht auf dem polnischen Markte eine starke Nachfrage. Groß sind die Bedürfnisse in der elektrischen und Lampenindustrie. Die Kabel, Telephon- und Telegraphenneze befinden sich, wie der Postminister Linde vor polnischen Pressevertretern erklärte, in einem sehr schlechten Zustande und können aus Mangel an Kupferdrähten und anderen Baustoffen nur mangelhaft ausgebessert werden. Die geschtesten und teuersten Artikel in Polen sind Chemikalien, medizinische Präparate und Instrumente. Es genügt hierbei ein Hinweis auf die traurigen sanitären und hygienischen Zustände im polnischen Staate. Soweit es sich ermitteln läßt, werden jetzt nur photographische Artikel in beschränktem Maße nach Polen ausgeführt. An optischen Artikeln, mit denen Deutschland vor dem Kriege die ganze Welt versah, ist in Polen nichts vorhanden. Als Ausfuhrartikel wären noch Glas- und Porzellanwaren zu nennen. Die Polen besitzen zwar eine eigene Glasindustrie im Czenstochauer Industrierayon, doch stellen sie nur einfache Glasarten her und können den polnischen Markt nur ungenügend beliefern. Auf dem Gebiete der Gummiindustrie besitzt Polen gar nichts. Die Gummiartikel erreichen dort horrende Preise. Zurzeit sollen fremde Kapitalien eine polnische Gummiindustrie schaffen (vgl. „Dziennik Berlinski“ vom 12. August 1919 Nr. 181). Eine polnisch-brasilianische Gesellschaft gründet in Polen eine Kautschukfabrik mit einem Grundkapital von 25 Millionen Mark. In der bedenklichsten Lage steckt die polnische Zuckerindustrie. Dieser Industriezweig ist aber auch im heutigen deutschen Wirtschaftsleben das Schmerzenskind.

Wie groß der polnische Warenhunger ist, beweist die Tatsache, daß im Warschauer Reichstag ein Regierungsantrag angenommen ist, der die Aufhebung der Zölle für Maschinen und Materialien zum Wiederaufbau des Landes und seiner Industrie, sowie Aufhebung der Zölle für dringendste Bedarfsartikel vorsieht. Statt dessen sollen Luxusartikel in weitestem Sinne einem hohen Zolle unterliegen.

Weiter fragt sich, was Deutschland im Austauschhandel von Polen beziehen kann. An Lebensmitteln, die wir heut ebenso nötig haben, wie Rohstoffe, kann uns Kongreßpolen nichts liefern, im Gegenteil, es braucht selbst welche. Die Warschauer Regierung hat daher schon oft mit Polen verhandelt und in der ersten Hälfte dieses Jahres größere Mengen Getreide-, Kartoffel- und Zuckermengen für Kongreßpolen und dem Krakauer Bezirk geliefert bekommen. Wie sich die polnische Ausfuhr von landwirtschaftlichen Artikeln für die Zukunft gestalten wird, ist von den Ergebnissen der radikalen Agrarreform in Polen abhängig. Der polnische Kreditmangel im Auslande läßt sich mit der nachteiligen Wirkung, die die Agrarreform in Paris hervorgerufen hat, in Verbindung bringen. Sedenfalls wird sich die polnische Regierung in Anbetracht der Not, die Polen an Fertigfabrikaten leidet, dazu hergeben, gegen Industrieerzeugnisse einen Teil der in Polen überschüssigen landwirtschaftlichen Produkte einzutauschen.

An Rohprodukten ist in Polen nicht viel vorhanden. Der Kohlenmangel ist bereits erwähnt worden. Die polnische Erzproduktion kann nicht einmal einen Teil der Bedürfnisse des Landes befriedigen. Erst durch die Besitzergreifung von Ostgalizien ist Polen in den Besitz der Petroleumquellen bei Boryslawow gelangt. Ein Fachmann des „Kurier Warszawski“ berechnet die jährliche Produktion an Steinöl (Raffin) auf 700 000 Tonnen. Außerdem sind an Vorräten noch 400 000 Tonnen vorhanden. Derselbe Fachmann sagt: es besteht die Möglichkeit eines Exports aller Naphtaprodukte in großem Maßstabe, der uns sehr nötig ist, um die polnische Valuta zu heben, wie auch zur Hebung des Austauschhandels mit dem Auslande.

Die Valutafrage ist der schmerzlichste Punkt im heutigen Wirtschaftsleben Polens. Die polnische Mark besitzt gegenüber der deutschen einen wesentlichen

Unterkurs. Wie der „Kurier Warszawski“ vom 27. Juli schreibt, wurde für den deutschen Tausendmarkschein 1265 polnische Mark bezahlt, für die Hundertmarknote 115 polnische Mark. Heute wird sogar für einen Tausendmarkschein 1350 und für einen Hundertmarkschein 130 Mark bezahlt (s. o.). Eine polnische Zeitung beklagt sich, daß das eben erstandene Polen in wirtschaftlicher Hinsicht weniger Vertrauen genießt, als das verarmte deutsche Land und beinahe dem verwüsteten Rußland gleicht.

Polen führt viel aus den skandinavischen Ländern über Danzig ein. Das „Staatliche Amt für Ankauf von Artikeln der ersten Notwendigkeit“ (P. U. Z. U. P. P.) registriert sie und wenn Warschau die Einfuhrerlaubnis erteilt, werden sie nach Polen eingeführt. Rechnungen und Faktura sind in der Valuta der nordischen Länder zahlbar. Die Importeure aber bezahlen nicht in dieser Valuta, sondern in deutscher in der Weise, daß sie Einzahlungen an eine deutsche Bank in deutscher Mark machen, und die Bank schreibt sie der skandinavischen Firma gut. Die Verrechnung mit Polen erfolgt also schon jetzt nicht auf der Grundlage des Verhältnisses der polnischen Valuta zur skandinavischen, sondern nur zur deutschen Valuta. Auf diese Weise werden die Deutschen Banken die Vermittler und Bankiers zwischen Polen und dem Auslande. Die Folge ist, daß man auf der Warschauer Börse deutsche Valuta sucht, um mit ihr nach Deutschland zu zahlen. Schon der Tiefstand der polnischen Valuta wird den polnischen Unternehmer und Kaufmann veranlassen, Waren von Deutschland zu beziehen, das mit denselben Valutaschwierigkeiten zu kämpfen hat.



Die Möglichkeit einer Monroe-Schiffahrts-Doktrin

Don Dr. Richard Hennig



Die Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823 ist im Laufe der Zeit über ihren ursprünglichen Sinn, der nur auf einen Sonderfall zugeschnitten war und lediglich aktuelle Bedeutung hatte, ganz erheblich hinausgewachsen. Es scheint aber, daß der Grundsatz immer mehr erweitert wird und als ob wir, trotz Internationalismus und Völkerbund, noch durchaus nicht beim Zustande der Höchstentwicklung dieser nationalen Willensbetätigung angelangt sind. In Japan ist eine starke Bewegung für eine „ostasiatische Monroe-Doktrin“ oder gar eine „astatische Monroe-Doktrin“ im Gange, in Australien wünscht man sich wieder gegen japanische Begehrlichkeit durch eine Art von australischer Monroe-Doktrin zu schützen, und in den Vereinigten Staaten von Amerika hat man nicht nur erst kürzlich mit aller wünschenswerten Bestimmtheit erklärt, daß die ganze Völkerbunds-idee des Präsidenten von vornherein nur diskutabel sei, wenn die Monroe-Doktrin davon nicht berührt werde, sondern es hat überdies durchaus den Anschein, als ob die Monroelehre eine neue, sehr einschneidende Ausdeutung in dem Sinne erfahren soll, daß fortan der Schiffsverkehr zwischen amerikanischen Häfen ausschließlich von Schiffen amerikanischer Nationen gepflegt werden darf, also im wesentlichen ein Monopol der Vereinigten Staaten werden soll.

Eine solche Maßnahme wäre natürlich eine Katastrophe für die bisher in Süd- und Mittelamerika tätigen englischen Reeder. Diese sahen während des Krieges ihr Tätigkeitsfeld in Südamerika infolge der schweren Frachtraumknappheit ohnehin mehr und mehr an vereinsstaatliche Schiffe übergehen. Sie verließen sich aber darauf, daß sie im Frieden, nach Wiederkehr normaler Verhältnisse, sich unschwer in der Lage sein würden, das verlorene Gebiet zurückzuerobern, da die englische Schiffahrt stets mit viel niedrigeren Betriebskosten als die amerikanische